

Mogelpackung Bildungsreform

Bei dieser Reform geht es vor allem um eines: Die Bildungsreform soll das Schulsystem in Österreich modernisieren. Die Erfahrung lehrt aber: Wenn MinisterInnen uns ein Reformpaket präsentieren, stecken keine Vorteile für die Betroffenen drinnen. Denn wenn PolitikerInnen „kostenneutral“ sagen, meinen sie „Kürzungen“. Es ist aber nur Mangelverteilung. **Seite 2**

Frauenprotest schlägt Regierung

Vor nur einem Jahr kam in Polen die rechtspopulistische Law & Justice-Partei (PiS) an die Macht. Diese Regierung plante, Abtreibungen komplett zu verbieten – die Antwort war eine Explosion der Wut. Ein bundesweiter Frauenstreik und Proteste mit 140.000 Menschen in 143 Demonstrationen im ganzen Land haben die Regierung zum Rückzug gezwungen – vorläufig. **Seite 12**

Schwerpunkt

Österreich hinkt bei der Entwicklung einer neuen linken Formation hinterher – doch zumindest können wir aus den Erfahrungen von Projekten in anderen Ländern lernen. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 253 | 11.16

Schluss mit dem KAPUTTSPAREN!

Klar sei, „dass das nicht spurlos an den Linzern vorbeigehen werde“, sagte der Linzer SPÖ-Bürgermeister Luger über ein Sparpaket, das Kürzungen bei Kultur und Bildung sowie Gebührenerhöhungen beinhaltet. Auch in Wien droht eine Kürzung von 10% des Gesamtbudgets. In Wiener Neustadt spart eine Koalition aus ÖVP, FPÖ, Grüne und Unabhängigen 16 Millionen im Jahr ein – was zur Schließung fast aller Jugendzentren führt.

Oft fühlt man sich angesichts der Verschlechterungen hilflos. Aber es

haben z.B. Eltern in Wels die Kürzungen bei Kindergärten durch den FPÖ-Bürgermeister bekannt gemacht.

Durch Unterschriftenaktionen und Proteste auf der Straße kann der Druck auf die politisch Verantwortlichen erhöht werden. Die letzten Jahre zeigen: Wo es Angebote für Widerstand gibt, werden diese genutzt. Viele unterschrieben gegen die Kürzung der Wohnbeihilfe in der Steiermark und hunderte beteiligten sich dann im Oktober an einer Demonstration. Als die Basisinitiativen Care Revolution/Care Revo-



In ganz Österreich wird gekürzt, und alle etablierten Parteien sind mit dabei.

ist möglich, Widerstand zu organisieren wenn man sich mit anderen zusammenschließt. Ein erster Schritt sind Treffen von Betroffenen. Über (Soziale) Medien, offene Briefe und Erfahrungsberich-

lungen 2015 Proteste und Demonstrationen in Salzburg und Wien organisierten, folgten hunderte Beschäftigte dem Aufruf, um gegen das Kaputtsparen im Gesundheitssystem zu demonstrieren.

Die Argumente der PolitikerInnen (egal welcher Partei) sind überall die gleichen: Angeblich ist kein Geld da. Gleichzeitig liegen Millionen und sogar Milliarden auf den Konten der Superreichen und der großen Unternehmen. GewerkschafterInnen, Beschäftigte, PatientInnen/KlientInnen und AktivistInnen linker Organisationen gemeinsam: sorgen

wir dafür, dass aus Wut endlich Widerstand wird. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen. Wir sollten nicht überlegen, ob bei Gesundheit oder Kultur gekürzt werden soll, sondern wie wir das Geld, das Superreiche durch unsere Arbeit angehäuft haben, nutzen können, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Christoph Glaninger

Die SLP fordert:

- Widerstand gegen alle Kürzungen aufbauen!
- Gewerkschaft muss Kämpfe organisieren!
- Gemeinsam sind wir stärker – Proteste zusammenführen!
- Für eine politische Alternative – die Reichen sollen zahlen!

Der Standpunkt



von **Sonja Grusch** Millionen haben gegen das Freihandelsabkommen CETA unterschrieben, Hunderttausende demonstriert. Ende Oktober schien es am Widerstand der wallonisch-belgischen Regionalregierung zu scheitern.

SPÖ-Bundeskanzler Kern hatte sich kritisch über CETA geäußert und eine Mitgliederbefragung in der SPÖ durchführen lassen. Dann hat er sich als „harter Verhandler“ inszeniert – und stimmte fristgerecht dem Pakt zu. Kern ist nicht umgefallen, weil er nie wirklich gegen CETA stand.

Kern hat „verantwortungsvoll“ agiert. Ein Boykott des Abkommens hätte „die Glaubwürdigkeit der EU in der Welt beschädigt“ (Kern). Sollte der Pakt scheitern, wäre das eine „Blamage“ für Europa. So äußern sich PolitikerInnen und JournalistInnen, die im Sold der Wirtschaft stehen. Hier zeigt sich deutlich, für wen sie Politik machen. Es geht um Wirtschaftsinteressen, Verantwortung gibt es gegenüber

CETA, Kern und Verantwortung wofür?

Investoren, Unternehmen und Profiten. Bei Glaubwürdigkeit geht es darum, ob sich die Wirtschaft sicher sein kann, dass die Politik ihre Interessen auch wirklich durchbringt. Und das wird sie auch bei CETA versuchen, notfalls auch an Parlamenten und anderen (mehr oder weniger) demokratischen Strukturen vorbei.

Die herrschende Politik ist die Politik der herrschenden Klasse, also der Reichen, Mächtigen und KapitalistInnen. Es ist gut, dass die Gewerkschaft gegen CETA und TTIP ist. Die Durchgriffsmacht der SPÖ auf den ÖGB hat diesmal versagt – eine wichtige neue Entwicklung. Bedeutet doch die Vertretung der Interessen der ArbeitnehmerInnen heutzutage in der Regel, sich auch gegen die SPÖ und deren Politik zu stellen. Ja, es geht um Verantwortung. Doch die Gewerkschaften sollten nicht den Interessen der KapitalistInnen gegenüber verantwortlich sein, sondern jenen von Beschäftigten und ihren Familien. Weil es nämlich nicht allen gut geht, bloß weil es der Wirtschaft gut geht!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Mogelpackung Bildungsreform

Die **Bildungsreform** soll das Schulsystem in Österreich modernisieren. Die Erfahrung lehrt aber: Wenn MinisterInnen uns ein Re-

Diese „Zuckerln“ dienen v.a. darum, um von all den Rückschritten dieses Paketes abzulenken. In Wahrheit ist diese Reform vor-

nal. Es gibt schöne Worte, aber zu wenig Ressourcen für Flüchtlingskinder. All diese Probleme sind ohne eine Aufstockung des Budgets nicht lösbar. Dafür soll mit der Reform die KlassenschülerInnen-Höchstzahl aufgehoben werden. Das alles wird zu einer Verschärfung des schon existierenden 2-Klassen-Schulsystems führen. Es wird immer mehr Schulen für Arme und Schulen für Reiche geben. Letztere sind privat oder haben durch Zusatzzahlungen der Eltern mehr Geld, um die Lernbedingungen so angenehm wie möglich zu gestalten. Für Kinder aus „bildungsfernen Schichten“ bleibt nur das unbedingt Nötigste – und nicht einmal das immer.

Simon Salzmann

Wenn PolitikerInnen „kostenneutral“ sagen, meinen sie „Kürzungen“.

formpaket präsentieren, stecken keine Vorteile für die Betroffenen drinnen. Diese neue Reform beinhaltet: SchulleiterInnen dürfen sich „ihr“ Lehrpersonal aussuchen. Es werden „Schulcluster“ geschaffen. Es kommt die flexible Gestaltung der Unterrichtsstunden, es wird keine fixen 50-Minuten Einheiten mehr geben.

allein eines: Mangelverteilung. Denn sie ist kostenneutral. Es wird kein zusätzliches Geld für das Schulwesen investiert.

In **österreichischen** Schulen gibt es massive Probleme, u.a. fehlen Räumlichkeiten. Der Job von LehrerInnen ist v.a. in Pflichtschulen viel Sozialarbeit. Laut Gewerkschaft fehlen 13.500 Posten für Unterstützungsperso-

Schulcluster statt Demokratie an Schulen

Mit der **Reform** sollen sich mehrere Schulen zu einem Schulcluster zusammenschließen können. Angeblich geht es um die Erleichterung der Verwaltung. Doch zusätzlich zu den Direktionen soll es auch noch ClusterleiterInnen geben. Also oben mehr Personal, während unten dringend Personal (LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und Bürokräfte) gebraucht wird! Außerdem dürfen DirektorInnen bei der Auswahl

der LehrerInnen mitbestimmen. Freunderlwirtschaft und politische Einfärbung sind vorprogrammiert.

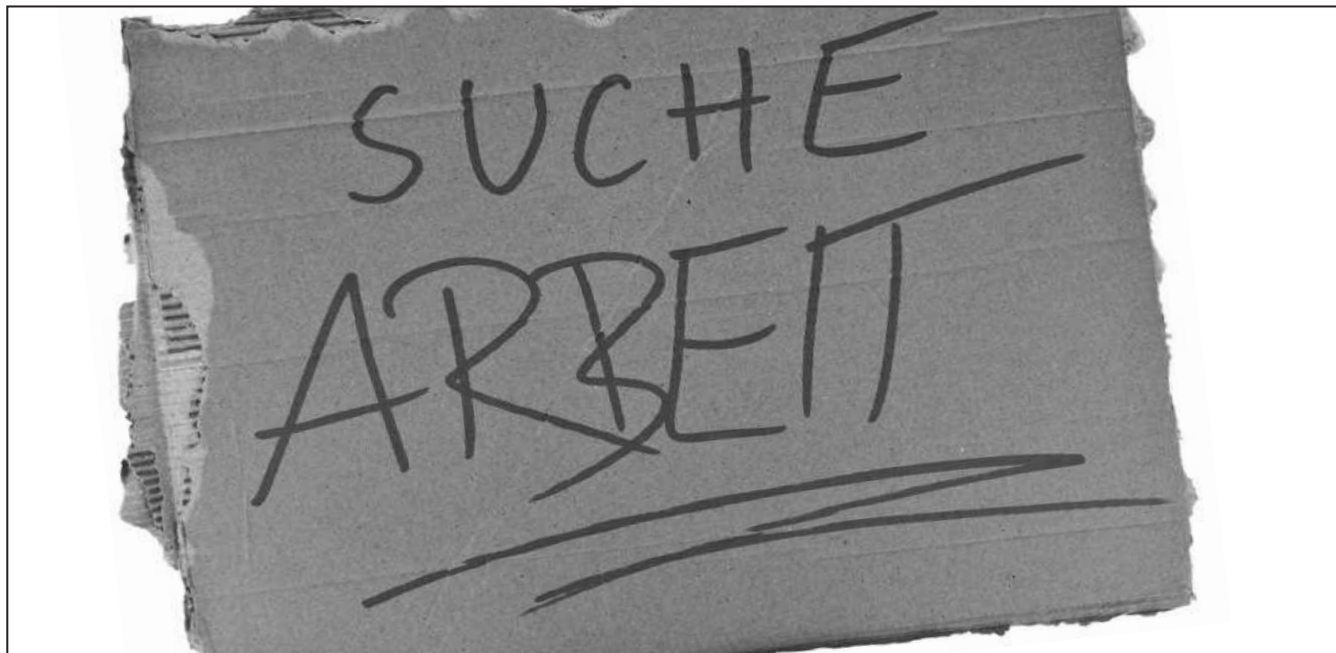
SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen selbst aber werden in Zukunft wohl noch weniger mitzubestimmen haben. Warum liegt die Wahl der Schulleitung nicht bei ihnen? Das bleibt bei den etablierten Parteien, die sich hinter „ExpertInnen“ verstecken. Die Betroffenen aber werden ignoriert.



Geld für Bildung, nicht für Banken

Im **Durchschnitt** müssen Eltern jedes Jahr und für jedes Kind 1.300 Euro für Bücher, Kopiergeld, Spint und vieles mehr zahlen. Der Mangel im Bildungswesen bedeutet Privatisierung der Bildung. Entweder indem Kinder gleich auf (teure) Privatschulen geschickt werden oder indem Bildung zugekauft werden muss (z.B. durch private Nachhilfe). Eine kostenneutrale Reform löst keines der existierenden Probleme. Doch am

Geld mangelt es eigentlich nicht. Die Regierung hat nach wie vor kein Problem damit, Geld für Banken, Konzerne und Aufrüstung zu verwenden. Das reichste 1 % in Österreich besitzt ohnehin schon 37% des Gesamtvermögens. Die SLP fordert daher auch hier: Holen wir uns das Geld bei den Reichen. Finanzieren wir ein Bildungssystem, von dem alle profitieren, indem wir bei den Leuten kürzen, die im Überfluss leben.



Christian Kerns „New Deal“ - bitte warten...

Die **aktuelle** Arbeitslosenrate liegt mit 8,3 Prozent so hoch wie seit Anfang der 1950er Jahre nicht mehr. Das bedeutet, dass

Arbeits- und Gesundheitsbereich wurden versprochen. Auf Anfrage bei der SPÖ, was konkret von Kerns New Deal

ro nichts. Denn was bisher umgesetzt wurde, macht Kerns keynesianisches Verständnis von Wirtschaftspolitik deut-

trittsalter zu erhöhen, in die Landesverteidigung zu investieren und Millionen Euro für Start-up-Pakete auszugeben, um neue Unternehmensgründungen zu fördern. Das Ziel ist es, den österreichischen Wirtschaftsmarkt innerhalb Europas zu stärken.

Diese Reformen werden nicht die Beschäftigungsquoten in die Höhe treiben oder Jugendarbeitslosigkeit und Altersarmut beseitigen. Die Forderungen sollten Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, eine Senkung des Pensionsantrittsalters, mehr Geld für Bildung und Gesundheit und leistbaren Wohnbau sein!

Shona Thompson

Die Arbeitslosigkeit steigt in Österreich seit dem August 2011. Und damit bereits seit über fünf Jahren.

mehr als 300.000 Menschen keine Arbeit haben. Auch das etwas stärkere Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr lässt die Arbeitslosenzahlen insgesamt nicht sinken. Die Reaktion darauf war am Anfang dieses Jahres die Verkündung eines „New Deal“ für Österreich von Bundeskanzler Kern. Viele Reformen im Bildungs-

bisher umgesetzt wurde, gab es keine Antwort.

Abgesehen von Ankündigungen, um die WählerInnen glauben zu lassen, dass die SPÖ zur Rücker einer starken Sozialdemokratie wie unter Kreisky fähig wäre, bleiben leere Versprechungen. Daran ändert auch Kerns neues Arbeitsumfeld in Kreiskys Bü-

lich: es wird nicht gezielt den Menschen geholfen, sondern den Konzernen. Viele der Maßnahmen greifen Unternehmern unter die Arme anstatt gezielt den Lebensstandard der breiten Masse zu erhöhen. Das wird bestenfalls ein Nebenprodukt eines gestärkten Wirtschaftsraums Österreich sein. Stattdessen ist geplant, das Pensionsan-

Was der New Deal in den USA wirklich war

Der **New Deal** waren Reformen, die US-Präsident Roosevelt einführte, um die Auswirkungen des Börsencrash 1929 zu lindern. Viele AmerikanerInnen hatten Arbeit und Ersparnisse verloren. Die Sozialhilfe wollte Roosevelt an eine Arbeitspflicht binden. Forderungen nach staatlicher Pension und Grundeinkommen, finanziert durch radikale Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, wurden von der Regierung abgelehnt.

Von den 20 Millionen verarmten Menschen wurden nur sieben Millionen von den Arbeitsbeschaffungsprogrammen als arbeitsfähig eingestuft und somit beschäftigt. Die niedrigen Löhne führten 1939 sogar zum Streik von 1,5 Millionen. Von der Pensions- und Arbeitslosenversicherung blieben LandwirtInnen, Hausangestellte und Selbständige ausgeschlossen, sowie über die Hälfte aller AfroamerikanerInnen.

Von günstigen Krediten zur Eigenheimförderung war das untere Drittel der Bevölkerung ausgeschlossen, davon profitierten hauptsächlich Bauunternehmen. Die großen Farmen profitierten von der künstlichen Verknappung (Vernichtung) der Nahrungsmittelproduktion, während Menschen hungerten. Im Öffentlichen Dienst wurde bei den Gehältern der Beschäftigten gekürzt, wie auch bei den Pensionen der Kriegsveteranen.

Der **New Deal** löste das Problem der Arbeitslosigkeit nicht, diese fiel 1933-40 nie unter 14%. Die Vollbeschäftigung wurde erst durch das Aufrüsten im 2. Weltkrieg und mit Kriegseintritt erreicht. An krisengeschüttelte Unternehmen wurden massiv staatliche Kredite vergeben und die Monopolbildung gefördert. SozialistInnen kritisierten den New Deal als einen Versuch, den Kapitalismus zu retten.

Der rechte Rand

Vor einigen Monaten machte Norbert Hofer Schlagzeilen mit einem Interviewauftritt samt Malteserkreuz des St. Georgs-Ordens am Revers. Dieser Orden versteht sich laut Eigendefinition als: "christlich. [...] elitär [...] wertkonservativ, wirtschaftsliberal und bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung." Ein Deutschnationaler als stolzes Mitglied eines ÖVP-nahen, katholisch-monarchistischen Ordens, der sich mit Mitgliedern wie Erwin Pröll und Ursula Stenzel brüstet? (Besonders pikant: Auch ex-SPÖ-Innenminister Schlögl ist Ordensmitglied.) Weniger überraschend, als es zunächst klingen mag. In dem Maße, in dem die FPÖ sich zu einer rechten Massenpartei entwickelt, die beste Aussichten hat, bald Regierungspartei zu werden, entdecken auch bisher ÖVP-affine traditionelle österreichpatriotische ReaktionärInnen die Vorzüge der aufstrebenden Kraft für sich. Diese mittelalterlich anmutenden Ritterorden, monarchistischen Organisationen, katholischen Fundi-Organisationen usw. sind nicht einfach eine irrelevante Kuriosität. Sie sind nach wie vor Vernetzungsräume für die reaktionärsten Teile der Eliten aus Wirtschaft, Politik und Bildungswesen. Und scheinen nun drauf und dran zu sein, auch die Gräben zwischen den zwei großen rechten Parteien ÖVP und FPÖ zu schließen sowie Hofer und die FPÖ auch in der internationalen Diplomatie salonfähig zu machen: Hofers aufsehenerregender Empfang beim tschechischen Präsidenten Milos Zeman wurde von seinen Ordenskameraden eingefädelt.

Fabian Lehr

Die KrankenpflegerInnen von fünf Krankenhäusern in Minesotta/USA streikten im Juni das erste Mal. Unterstützung bekamen sie von der 15-Now-Bewegung, die einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde anstrebt. Insgesamt streikten 4.800 PflegerInnen für sieben Tage wegen der Verhandlungen um die Arbeitsverträge, die schon seit Jänner laufen. Am 5. September starteten die PflegerInnen einen unbefristeten Streik der dann fünf Wochen andauerte. Ziel des Streiks war nicht primär eine Lohnerhöhung, sondern vor allem eine Beibehaltung der Kranken- und Pensionsversicherung und mehr Sicherheit am

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

Arbeitsplatz. Es wurden Streikkomitees gegründet mit „Kapitänen“ der Streikteams, von denen jedeR für 10-15 Personen zuständig war. Bei den Streiks postierte man sich in der ganzen Stadt und dort, wo die PatientInnen aus den Krankenhäusern kamen. Menschen holten sich bei den Streikposten Informationen und kauften Anstecker. Die 15-Now-Bewegung unterstützte den Streik von Anfang an. 15-Now AktivistInnen halfen bei der Organisation von Schildern und „Yard Signs“, die man sich als Zeichen der Solidarität in den Vorgarten stellen kann. Da der Streik lange dauerte und mit Lohnausfällen zu rechnen war, wurden Notfallfonds eingerichtet, auch mit Sachspenden wurden die Streikenden unterstützt. Das Unternehmen nahm lieber Risiken auf, als die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Am Schluss stand zwar eine Verschlechterung, aber nicht im von den Chefs geplanten Ausmaß.

Peter Hauer



Geschenkt wird uns nichts!

Im November treffen sich die Gewerkschaften VI-DA und GPA-DjP mit den Arbeitgebern des Sozial-

PflegerInnen, ErzieherInnen, BehindertenbetreuerInnen, SozialarbeiterInnen und viele mehr.

und die Aktivität für echte Arbeitskämpfe zu nutzen und hoffen wieder einmal, mit „guten Argumenten“ etwas zu erreichen. Auch deswegen braucht es einen aktiven Zusammenschluss von kämpferischen KollegInnen und BetriebsrätInnen. Es geht darum, gemeinsam im Betrieb, auf der Straße und in den Gewerkschaften Druck zu machen! Es ist Zeit, den Aufbau von solchen Gruppen von Sozial-Bereichsbeschäftigten aktiv anzugehen! „Sozial, aber nicht blöd“ ist ein erster Zusammenschluss von wütenden KollegInnen im Sozialbereich aus mehreren Betrieben und Bundesländern. „Sozial, aber nicht blöd“ wird die KV-Verhandlungen mit Aktionen begleiten.

Wir fordern 4% Gehaltserhöhung, mindestens aber 150 Euro, weil v.a. in der Pflege manche KollegInnen real von Armut betroffen sind. Nötig ist auch echte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und ohne Flexibilisierung auf 35 Wochenstunden als erster Schritt. Und wir fordern das Ende aller erzwungenen, unsicheren Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, freier Dienstvertrag, Werkvertrag usw.

Es ist notwendig, dass die Gewerkschaften mit der Vorbereitung von Aktionen im Betrieb beginnen. Internationale Beispiele zeigen, dass Streiks auch im Sozialbereich möglich sind und notwendige Maßnahmen sein können, um echte Verbesserungen zu erkämpfen.

Michael Gehmacher

Der Unmut im Sozialbereich ist groß: Zersplitterung überwinden und gemeinsam kämpfen. So geht's!

bereichs. Es starten die Verhandlungen zum Kollektivvertrag der privaten Sozialbranche. Egal ob Caritas, Diakonie, Sozialwirtschaft Österreich (vormals "BAGS") oder andere, es geht um die Einkommen von mehr als 100.000 KollegInnen. Die ausverhandelten Erhöhungen (letztes Jahr mickrige 1,35%) betreffen:

Viele wollen sich mit der niedrigen Bezahlung und den hohen Burn-Out-Raten nicht mehr zufrieden geben. In einigen Betrieben (Flüchtlingsbereich) gibt es Widerstand gegen Kündigungen, in anderen neue kämpferische Betriebsratskandidaturen. Aber die Spitzen von VIDA und GPA-DjP sind nicht bereit, den Unmut



Kämpfen geht – aber wie?!

Kein Herbst ohne Lohnrunde. Die Metaller fordern 3%, die Unternehmen halten das für „absurd“. Die Gewerkschaft ruft zu Betriebsrätekonferenzen und wohl auch Betriebsversammlungen auf. Die zentrale Frage ist: WIE können Verbesserungen erreicht werden.

Gemeinsam: Lohnverhandlungen finden in verschiedenen Branchen statt. Die Themen – Löhne/Gehälter bzw. Arbeitszeit sind dieselben. Die Argumen-

te der Unternehmen auch. Nicht nebeneinander, sondern miteinander in lauten und gut sichtbaren Aktionen erreichen wir mehr.

Kämpferisch: Gute Argumente interessieren die Unternehmen nicht, es geht um Profite. Verhandlungen und Säbelrasseln reicht nicht. Die x-te Betriebsversammlung oder Medienaktion bringt nichts, weil sie die Unternehmen nicht stört. Viele KollegInnen sind bereit, sich an echten Kampfmaßnahmen zu be-

teiligen, aber nicht an zahmen Dampfblaskaktionen.

Demokratisch: Je stärker die Beschäftigten in einen Arbeitskampf eingebunden sind, umso erfolgreicher ist er. In jedem Betrieb muss regelmäßig über den Stand der Verhandlungen, die Forderungen der KollegInnen und die nächsten Kampfschritte diskutiert und entschieden werden. Keine Zustimmung ohne Urabstimmung. Es ist unser Geld, unsere Arbeit – also auch unsere Entscheidung!

Linz stellt sich quer: Gegen Rechts

Am 29. Oktober fand der rechtsextreme Kongress in den Linzer Redoutensälen statt, wo sich Rechtsextreme und Neofaschisten aus ganz Europa trafen.

Das Bündnis „Linz gegen Rechts“ rief zu einer Gegen-demo auf - Linz stellt sich quer - und forderte gleichzeitig auch die Auflösung des Mietvertrags vom Land OÖ für diese Veranstaltung. Die SLP organisierte bereits im Vorfeld eine Kampagne zur Mobilisierung

Auf der Großdemo gegen CETA & TTIP, verteilten wir Flyer im Rahmen der Kampagne, und luden zu den AktivistInnentreffen ein.

Die wöchentlichen Kundgebungen am Taubenmarkt, wurden genutzt um die Menschen über die Teilnehmer des Kongresses, durch Steckbriefe aufmerksam zu machen.

Das sich die rassistische und antisoziale Politik, der Schwarz-Blauen Regierung massiv auf unsere Leben auswirkt, wurde dabei immer wieder angesprochen.

Dies zog eine große Aufmerksamkeit auf sich und es entstanden coole Diskussionen mit den PassantInnen, viele trugen sich in den SLP Newsletter ein.

Touren durch Jugendzentren und Lokale in Linz, wo die wir mit Plakaten, Flyer und der Vorwärts eingedeckt unterwegs waren, fanden einen sehr guten Anklang. Das Feedback

war immer ein sehr positives, und man merkte, dass die Kampagne schon weite Kreise zog und bereits viele Unterstützer hatte.

In den sechs Wochen der Kampagne, wurden ca. 10.000 Flyer verteilt, etliche Zeitungen verkauft und neue Kontakte geknüpft.

Mit 3.500 Menschen (lt. Angaben der Organisatoren) war die Demo schließlich das absolute Highlight.

Lautstark machte unser Block mit Sprüchen wie: „Was bedeutet schwarz und blau, Rassismus und Sozialabbau“ ordentlich viel Stimmung.

„Hier in Oberösterreich sieht man ganz genau was FPÖ-Politik in der Praxis bedeutet, wie man zB bei den Budgetstreichungen in Kindergärten und der Jugendhilfe in Wels sieht!“ ,erklärte Franz Neuhold in einem Redebeitrag. Ein Flüchtling aus Pakistan, der auch vorher schon beim Flyer verteilen mit half, meldete sich dazu zu Wort und berichtete über seine Erfahrungen.

Der Erfolg dieser Demonstration zeigt, wie wichtig es ist, verschiedene Bereiche in eine aktive Kampagne miteinzubeziehen, um gegen die Angriffe der Etablierten Politik entschlossen Widerstand leisten zu können.

Petra Oirer



Aufbruch: Aktionstage

Auf der Salztorbrücke, vor dem Raiffeisengebäude in Wien, wird am 27.10. ein 24 m² Banner gespannt. Kurz darauf klettern AktivistInnen mit demselben Banner auf den Casino Austria

vielen AktivistInnen der SLP mitorganisiert wurden. Wien: Im 15. Bezirk wurde eine Tour organisiert, mit Stationen zu den Themen Gentrifizierung, Prostitution und kulturelle Einrich-

zionalen Wohnbau. Vor der Wirtschaftskammer sprach ein SLP-Aktivist über die KV-Verhandlungen im Metallbereich. In Graz wurden Kundgebungen und ein Bankenflashmob organi-

Motivierte AktivistInnen und begeisterte PassantInnen zeigen: Die Stimmung für einen Aufbruch ist da!

Balkon in der Wiener Innenstadt. Mit einem Megaphon werden Reden gehalten, auch ein SLP-Aktivist ist oben dabei!

Unter dem Titel „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!“ starteten die Aufbruch-Aktionstage von 27. - 29. Oktober. Es fanden österreichweit Aktionen statt, die von

tungen. Im 12. Bezirk wurden Plakate aufgehängt, Tee verteilt und Ideen gesammelt, was wir mit dem vorhandenen Reichtum alles tun könnten. Im 5. Bezirk gab es einen Reichtumsspaziergang, der vorm AMS startete. In einem Gemeindebau redete eine SLP-Aktivistin über die Notwendigkeit des Kampfes für so-

siert. Und das waren nur einiger der österreichweiten Aktivitäten.

Zahlreiche AufbrecherInnen steckten viel Energie in die Aktionstage und sorgten dafür, dass ein starker Auftritt geschafft wurde. Machen wir so weiter!

Stefan Gredler und Janina Lenz, (Aufbruch-Aktivistin)



„Als Junge habe ich demonstriert. Heute muss ich das immer noch!“

...sagte eine Protestierende auf der KPÖ-Demonstration am 12.10. gegen die Kürzung der Wohnbeihilfe. Denn trotz massiven sozialen Kahlschlags der vergangenen Jahre wird durch die Novellierung einmal mehr bei den Ärmsten gespart.

Die SLP hat sich gemeinsam mit Aufbruch am Protest beteiligt. Bei einer Kundgebung gegen die horrenden Mieten und einem „Leerstandsspaziergang“ machten wir klar, dass es in Österreich in den diversen

Chefetagen genug Reichtum gibt, damit jedeR angenehm leben kann.

Die Unterschriftenliste der KPÖ, die die alte Regelung zurückfordert, ist ein Anfang. Um die Kürzung zurück zu schlagen müssen wir jedoch gemeinsam mit den MieterInnen Widerstand organisieren. Sonst bleiben die Aktionen der einzelnen Organisationen isoliert, erfolglos - und wir müssen in 50 Jahren immer noch demonstrieren.

Moritz C. Erkl

Termin des Monats



Wir diskutieren zwei Tage lang über den Widerstand gegen Rassismus, Sexismus und Kapitalismus. U.a. mit Workshops zu Kampf für Frauenrechte, Antifaschismus, Soziale Kämpfe in den USA, Widerstand im Gesundheits- und Sozialbereich und dem Aufbau einer starken Linken. Mit dabei internationale ReferentInnen und Gäste aus ganz Österreich.

9. und 10. 12.: Dangerous Ideas - Diskussionen über Widerstand, Solidarität und Sozialismus

Jugendzentrum STUWE, Steingasse 5, 4020 Linz
Details folgen unter slp.at und auf Facebook

Donald Trump präsentiert sich der deklassierten, weißen Unter- und Mittelschicht als Vertreter ihrer Interessen. Er prangert das „Establishment“ – zu dem er selbst auch zählt – an. Damit trifft der Rüpel mit der originellen Frisur einen wunden Punkt der herrschenden US-Eliten. Denn egal, ob Republikaner oder Demokraten, es sind seit Jahrzehnten die gleichen Polit-Dynastien, die die US-Demokratie als exklusives Klub-Event veranstalten.

Die verschiedenen Familien stehen dabei für verschiedene Fraktionen innerhalb der Kapitalistenklasse. So beruht das Vermögen der Familie Bush v.a. auf te-

Rote Seitenblicke

xanischem Erdöl, doch bedienen die Bushs als Präsidenten, Gouverneure und Senatoren der Republikanischen Partei auch die Rüstungsindustrie großzügig – notfalls mit einem mutwillig vom Zaun gebrochenen Krieg, wie George W. in Afghanistan und im Irak. Demgegenüber scheinen sich die Demokraten eher auf der Wall Street wohl zu fühlen: Noch bevor er in den Alkoholschmuggel einstieg, war Dynastie-Begründer Joseph P. Kennedy 1914 mit nur 26 Jahren der jüngste Bankdirektor der USA, um schließlich groß ins Aktien- und Immobiliengeschäft einzusteigen. Mit Hillary und Bill Clinton schließt sich der Kreis zum Finanzkapital wieder; zu den größten Geldgebern der Clinton-Stiftung zählt das einflussreiche Bankhaus Goldman Sachs.

Egal, wer letztlich das Rennen macht: das US-Kapital hat weder von Trump, noch von Clinton Veränderungen seiner Wirkungsweise zu befürchten.

Alexander Svojtko



Punk's (not) dead

Mit den 70er Jahren war die erstmals rebellische Rockmusik weitgehend kommerzialisiert und professionalisiert. Von den Wurzeln, dass jedeR mit etwas

entwickelte sich auch ein neuer Lebens- und Musikstil. Der Punk war geboren. Wie in den Anfängen des Rock der war es Jugendlichen möglich, ohne großes

das System musikalisch Ausdruck zu verleihen. „The Clash“ prangerten zum Beispiel in ihren Texten Imperialismus, Rassismus und soziale Missstände

wurden dem Profit untergeordnet. „Dropkick Murphys“ unterstützen z.B. offen die Demokratische Partei in den USA. Dem Punk geht die Rebellion verloren. Da stellt sich die Frage: Ist das noch Punkrock?

Aber es geht auch anders. Auch heute noch gibt es Punk-Bands, die sich selbst als marxistisch verstehen. So z.B. „Anti-Flag“, die dazu aufrufen, sich zu organisieren und gegen die sozialen Missstände vorzugehen oder „Against Me!“, die sich für die Rechte von LGBT-Personen einsetzen. Auch heute noch nutzen Jugendliche Musik, um die angestaute Wut gegen den Kapitalismus auszudrücken. Dies kann ein Ansatzpunkt sein, um „Smash the System“ in die Tat umzusetzen.

Nicolas Prettnier

Trotz Kommerzialisierung war und ist Punk ein Mittel, um Jugendliche anzusprechen und zu politisieren.

Talent und einer Gitarre auf einer großen Bühne landen konnte, hatte man sich weit entfernt. Das Musikbusiness regierte. Die Zeit insgesamt war geprägt von einer wirtschaftlichen Krise, viele Jugendliche waren ohne Ausbildung und landeten auf der Straße. Die Jugend begehrte auf gegen dieses System, das ihr keine Perspektive aufzeigte. Es

Equipment oder musikalische Erfahrung Musik zu machen.

Von Anfang an war Punk auch politisch. Nicht weil diese Musikrichtung von Haus aus politisch ist, sondern weil es jedem/r möglich war, ohne viel Geld eine Punk-Band zu gründen. Viele Jugendliche aus der ArbeiterInnenklasse nutzten das, um ihrer Wut auf

an und unterstützten auch die damaligen Proteste und Klassenkämpfe.

Doch den Punk ereilte das gleiche Schicksal wie dem Rock Jahre zuvor. Der Kapitalismus sah einen neuen Markt entstehen, eine ganze Branche entstand rund um Punkmusik und Mode. Punk wurde kommerzialisiert und Teil des Mainstream. Politische Aussagen

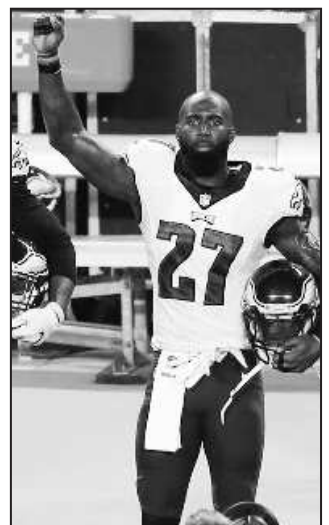
US-Sport: Zeichen gegen Rassismus

Die seit rund zwei Jahren aktive Black Lives Matter (BLM) Bewegung hat auch den Sport erreicht. Viele v.a. schwarze SportlerInnen kommen aus der ArbeiterInnenklasse und haben diese Verbindung nicht ganz verloren. So protestieren auch US-SportlerInnen gegen die aktuelle politische Lage im Land. Sie geben einen stillen Protest bei den verschiedensten Sportevents ab. Wie z.B., sich bei der Nationalhymne demonstrativ hinzusetzen oder bei

Siegerehrungen den Gruß der Black Panther zu machen. Dies stößt auf viel Zustimmung, wird aber auch stark kritisiert. Der US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump fordert jene SportlerInnen sogar auf, auszuwandern. Denn SportlerInnen seien nicht dafür da, politische Äußerungen zu tätigen, sondern sollen nur als gut funktionierende Werbefiguren in unserer kapitalistischen Welt existieren. Auch darum erregen diese kleinen Aktionen so gro-

ße mediale Aufmerksamkeit. Dass die Bewegung dabei nicht stehen bleiben darf, sondern weitergehen muss, ist vielen klar. Darum sind für den 5. Dezember (Jahrestag des Beginns des Montgomery Bus Boykott 1955) Aktionen geplant. Daran wird sich auch unsere Schwesterorganisation, Socialist Alternative, beteiligen. „Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus“, wie Malcolm X schon bemerkte.

Sarah Krenn



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Für eine Linkspartei - mehr denn je!

Es stimmt, die Lage auf der Welt spitzt sich zu, auch in Österreich: Rekordarbeitslosigkeit, Sparprogramme bei Bildung und Soziales, eine wachsende Zahl verarmter Menschen, aber auch die generelle Krise des politischen Systems. Es dominiert ein Ohnmachtsgefühl. Alarmierend auch die Verbreitung von Rassismus und der Erfolg rechtsextremer Parteien. Zunehmend kann die FPÖ sich als alleinige „Alternative“ zur etablierten Politik präsentieren. Der unsoziale Kurs und die Umsetzung rassistischer Politik durch die Regierungsparteien spie-

des Fehlens von Antworten. Der Schwindel dieser Scharlatane ist schnell aufgedeckt: Griss kommt aus dem bürgerlichen Lager und kokettiert mit der FPÖ genauso wie mit den Neos. Der Großindustrielle und Milliardär Stronach entlarvte sich schnell selbst. Und Düringer kommt aus einem kleinbürgerlichen Milieu, das Antworten in wirren Verschwörungstheorien und diffussem Geschwurbel sucht. Wer das richtigerweise nicht als Ausweg sieht, wählt dann doch oft SPÖ oder Grüne als kleineres Übel, um das Schlimms-

Gesundheits- und Sozialbereich, finden die SPÖ als Gegner vor. Auch die Grünen befinden sich mittlerweile in fünf Koalitionen (mit ÖVP und/oder SPÖ), wo sie schon mehrere Sparpakete mitbeschlossen. Diese Politik stärkt die Rechten.

Gleichzeitig stehen Angriffe von Seiten der Unternehmen auf Arbeitsbedingungen und Löhne der Unwilligkeit der Gewerkschaftsbürokratie, Kämpfe zu organisieren, gegenüber. Die ArbeiterInnenklasse in Österreich hat keine politische Vertretung, kein In-

Lied vom Sparen und Banken retten muss unterbrochen werden. Nur ein Programm, das sich über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinwegsetzt und Forderungen im Sinne der Bedürfnisse einfacher Menschen, ArbeiterInnen und Jugendlichen aufstellt, kann echte Antworten auf die Probleme geben. Dazu gehören massive Investitionen in Bildung, Soziales und Gesundheit, Senkung der Arbeitszeit, höhere Löhne und gleiche Rechte für alle, die hier leben und leben wollen.

Ausgestattet mit einem solchen Programm kön-

ten Schichten der Bevölkerung gibt, in aktiven Widerstand zu verwandeln und den Teufelskreis der „kleineren Übel“-Logik zu durchbrechen. Auf so einer Basis kann eine neue linke Partei entstehen, die soziale Kämpfe stärkt und startet – eine Plattform für AktivistInnen und bisher Unorganisierte. Sie kann dabei Sprachrohr sein und Forderungen von ArbeiterInnen, Jugendlichen, Frauen und MigrantInnen in eine breite Öffentlichkeit bringen.

Das wird kein einfaches Unterfangen oder geradliniger Prozess sein. Doch die Zeit drängt und der Vormarsch des Neoliberalismus und des Rechtspopulismus bedroht uns alle. Deshalb ist es notwendig, dass wir selbst aktiv werden und die Chancen nutzen, die sich bieten. Die Initiative „Aufbruch“, die im Juni immerhin über 1.000 Menschen zu ihrer Konferenz mit dem Slogan „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ mobilisiert hat, hat das Potential, aber auch die Verantwortung, den Aufbau einer echten linken Alternative voranzutreiben.

Jan Millonig

Im gemeinsamen, selbst organisierten Kampf werden sich Menschen ihrer Stärke bewusst.

len ihr da noch zu. Dass die FPÖ allerdings selbst den härtesten Sozialabbau vertritt, beweist sie, wo sie an der Macht ist.

Das völlige Versagen der etablierten Politik und das Fehlen einer wirklichen Alternative treibt einige zu scheinbaren Rebellen wie Roland Düringer, Frank Stronach oder Irmgard Griss. Diese teilweise obskuren Projekte sind tatsächlich ein Ausdruck

te an sozialen Verschlechterungen und rassistischen Maßnahmen zu verhindern. Dass diese Überlegung nicht aufgeht, wird immer deutlicher. Die Hoffnungen, die in Bundeskanzler Kern gesetzt wurden, wurden bitter enttäuscht. Er setzt die neoliberale Kürzungspolitik der SPÖ weiter um und öffnete CETA den Weg. Alle aktuellen sozialen Bewegungen, wie z.B. der Widerstand im

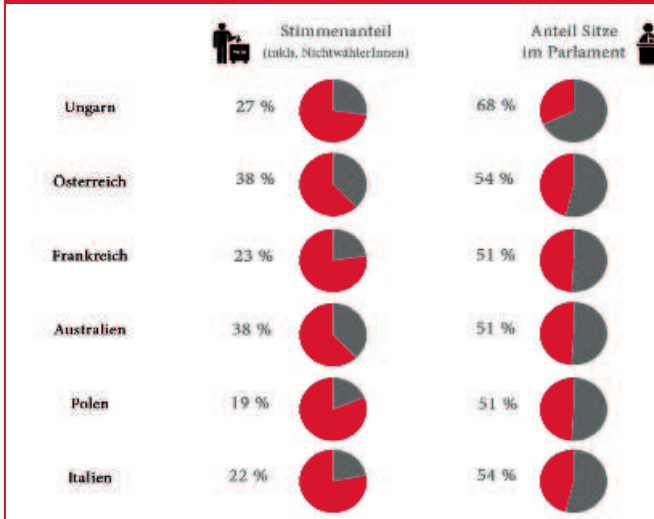
strument, um politische Kämpfe gegen die Offensive der Herrschenden zu führen.

Es ist dringend nötig, ja überfällig, eine wirkliche Alternative aufzubauen, die sich von allen Etablierten völlig unterscheidet, um fähig zu sein, tatsächliche Verbesserungen zu erkämpfen.

Dazu braucht es eine komplette Ablehnung der „Sachzwangpolitik“. Das

nen die noch kleinen Widerstandsnester gegen die herrschende Politik und die Offensive der Unternehmen gestärkt und vernetzt werden – etwa bei kommenden KV-Verhandlungen, bei kämpferischen FlüchtlingsbetreuerInnen oder im Bildungsbereich. Wenn der Widerstand gegen das Kürzungsdiktat zusammengeführt und sichtbar gemacht wird, kann es gelingen, die dumpfe Wut, die es bei brei-

Tatsächlicher Stimmenanteil und Mandate der etablierten Parteien

**Who-is-Who der neuen Linken?**

- **Podemos** (Spanien): Gegründet 2014 (aktuell 420.000 Mitglieder) wegen Wirtschaftskrise, Korruption und Indignado-Bewegung. Raketenhafter Aufstieg weil gegen Kürzungen und Establishment. Dann Anpassung und demokratische Mängel. 2016 gemeinsame Kandidatur mit der von der KP dominierten Linksformation IU.
- **Razem** (Polen): Gegründet 2015 (damals 4.500 Mitglieder) aus den „Jungen SozialistInnen“, viele kommen aus der Mittelschicht. Bei den Parlamentswahlen mit einem Anti-Kürzungsprogramm 3,6%, aktiv in den Frauenprotesten.
- **PRC** (Italien): Gegründet 1991 mit über 100.000 Mitgliedern (heute 17.000) die trotz Kollaps des Stalinismus nicht vor dem Kapitalismus kapitulierten. Wuchs rasant und hatte starke Verankerung. Jahrelanger Opportunismus und Rechtsruck führten in den Ruin.
- **Die Linke** (Deutschland): gegründet 2007, aktuell 60.000 Mitglieder. Die aus der Bewegung gegen Hartz 4 entstandene WASG fusionierte mit der stalinistischen PDS. Mehrere Strömungen, u.a. die am weitesten links stehende Antikapitalistische Linke.
- **PSOL** (Brasilien): Gegründet 2004 (aktuell 121.000 Mitglieder)
- von PT-Abgeordneten gegen den neoliberalen Kurs der PT gemeinsam mit sozialistischen Organisationen. Starke Wurzeln in Gewerkschafts-, Frauen-, LGBT- und Landlosen-Bewegung.
- **Združena levica** (Slowenien): Gegründet 2013 als Wahlbündnis dreier Organisationen, erreichte 6% 2014. Unterstützt z.B. die HafentarbeiterInnen von Koper.
- **Anti-Austerity-Alliance** (Irland): Gegründet 2014 auf Initiative der Socialist Party (CWI-Irland) im Kampf gegen Kürzungspolitik. Erfolgreiche Boykotte gegen Wassergebühren und der Einsatz für Frauenrechte bringen drei Parlamentssitze.
- **Bloco Esquerda** (Portugal): Gegründet 1999 von radikalen Linken. Bald pro-EU und isoliert vom Widerstand gegen Kürzungen. In den letzten Jahren wieder nach links und Erfolge bei Wahlen (10%). Dann aber Duldung der sozialdemokratischen Regierung.
- **PTB/PVDA** (Belgien): Gegründet 1979 aus stalinistisch-maoistischer Tradition. Aktuell 10.000 Mitglieder und ab 2008 Bemühen um modern-sozialdemokratisches Image. Aber noch viele stalinistische Merkmale. Zwei Sitze im Parlament.

Neue linke Formationen: Erfahrungen und Lehren

International gab und gibt es zahlreiche neue linke Formationen, die versuchen, eine Alternative zu den verbürgerlichten sozialdemokratischen und den versteinerten stalinistischen Parteien, aber auch aufstrebenden rechtspopulistischen Parteien aufzubauen

und existierenden linken Organisationen die P-SOL. Diese neuen Formationen waren nicht fertig – aber es gibt zumindest etwas. Doch ein solches Zeitfenster hält sich nicht auf Dauer. Es schließt sich oder wird – noch schlimmer – von der extremen Rechten

so schnell in die Höhe geschossen.

Auch in Südafrika waren es die Proteste der Bergleute vor und nach dem Massaker von Marikana 2012, die Entwicklungen in Richtung einer neuen ArbeiterInnenpartei einleiteten. Die Verankerung in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften ist zentral, um tatsächlich eine Partei der ArbeiterInnenklasse – und nicht nur ein loses linkes Projekt – aufzubauen.

Organisationen & Demokratie: Die Skepsis gegenüber „Parteien“ ist angesichts der Korruption und Abgehobenheit der existierenden etablierten Organisationen, und auch vieler Fehler der Linken, verständlich. Wenn daraus allerdings der Fetisch der (scheinbaren) Unorganisiertheit wird, die letztlich nichts anderes wird als die Führung einer kleinen demokratisch nicht legitimierte Minderheit, dann ist das die falsche Antwort. Dass Projekte wie die P-SOL und der Linksblock in Portugal seit Jahren existieren, liegt auch daran, dass darin Organisationen aktiv sind, die eine lange Tradition der politischen Arbeit haben. Doch die Zusammenarbeit bereits existierender Organisationen ist nicht genug, es braucht auch neue Schichten von bisher Unorganisierten, die beginnen, gegen die etablierte Politik zu kämpfen. In Irland hat die Massenbewegung gegen die Wassergebühren rund um die Anti-Austerity-Alliance dem neuen Projekt die aktive Basis, die über

Wenn neue Formationen im Rahmen des Kapitalismus bleiben, nehmen sie in Krisenzeiten ein schnelles Ende.

en. Österreich hinkt in dieser Entwicklung hinterher – doch zumindest können wir aus den Erfahrungen anderer Projekte Schlüsse für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei hierzulande ziehen.

Zeitfaktor: Man will es „ordentlich“ machen, das braucht Zeit. Doch manchmal lässt uns die objektive Entwicklung diese Zeit einfach nicht. In Österreich wurden schon viele Chancen verpasst, zuletzt die Wut über die rot-blaue Koalition im Burgenland. Podemos oder auch die Vereinigte Linke in Slowenien waren „zur richtigen Zeit am richtigen Ort“. Sie stellen ein alternatives Angebot, welches breit angenommen wird. Der Auslöser für die P-SOL in Brasilien war der Rechtsruck der PT unter Lula. Einige Abgeordnete konnten nicht mehr mit dem rechten Kurs mit und wurden letztlich ausgeschlossen. Doch sie zogen sich nicht enttäuscht zurück, sondern gründeten gemeinsam mit ande-

gefüllt, wie wir es von der FPÖ kennen.

Kämpfe & Bewegungen: 2004 fanden in Deutschland Massenproteste gegen Hartz IV statt. Diese waren ein wichtiger Auslöser, dass ein Teil von IG-Metall und SPD-FunktionärInnen, die schon lange unzufrieden mit dem immer rechteren Kurs waren, mit der SPD brachen. Der Druck aus der ArbeiterInnenklasse war gestiegen und hatte auch sie nach links gedrückt. Das war eine wesentliche Grundlage für die erfolgreiche Gründung von WASG und später Linkspartei. Zusätzlich waren auch von Anfang an AktivistInnen aus verschiedenen Bewegungen Teil dieses Projektes, das, trotz aller Kritik die es daran gibt, eines der erfolgreichsten neuen Linkspartei darstellt. In Spanien wäre Podemos ohne die vorhergehenden Massenproteste der „Empörteten“ und mehrere Generalstreiks der spanischen ArbeiterInnenklasse nicht



eine reine Re-Gruppierung der Linken hinausgeht, gegeben.

Zentral ist dabei immer die Frage der internen Demokratie. Die internen Strukturen müssen für die AktivistInnen durchsichtig sein. VertreterInnen, etwa in Vorständen, dürfen keine Privilegien oder hohe Einkommen haben und müssen jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar sein. Genauso braucht es die Möglichkeit, innerhalb der Strukturen politische Debatten zu führen – mit gebotener Solidarität, aber notwendiger

abbau betreibenden Koalitionen mit der SPD. Was als schlaue Taktik präsentiert wird, endet in der Aufgabe der eigenen Inhalte und einer weitgehenden Verwässerung des Programms. Die Linke wird – zurecht – für die Regierungspolitik mitverantwortlich gemacht und als Teil des Establishments gesehen. Eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene mit SPD und Grünen wäre für die Linke fatal. Sie würde ein ähnliches Schicksal wie die 1991 gegründete PRC, eines der ältesten „neuen“ linken Projekte, erwarten. Nach ei-

Der Versuch, die Kapitalseite mit guten Argumenten oder Tricks zu überumpeln oder überzeugen, scheitert kläglich. Verbesserungen können nur erreicht und verteidigt werden, wenn man bereit ist, über die Grenzen der kapitalistischen Logik hinaus zu sehen. Ist die Linke dazu nicht bereit, wird sie unweigerlich zur Mittäterin beim kapitalistischen Kürzungsdiktat, wie im Fall Syriza in Griechenland. Das Thessaloniki-Programm, mit dem Syriza 2015 an die Regierung gewählt wurde, bestand im Wesentlichen aus bescheidenen, aber wichtigen Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse. Doch die EU war nicht bereit, auch nur den leichtesten Linksschwenk zu akzeptieren. Die Reformen durchzusetzen, hätte bedeutet, mit der EU und dem kapitalistischen System zu brechen – die Unterstützung der griechischen Massen für diesen, zweifellos schwierigen, Schritt hätte Syriza gehabt. Doch Syriza zog zurück und verwaltet nun das größte Privatisierungsprogramm der griechischen Geschichte.

Neue Formationen brauchen ein Programm, das über den Kapitalismus hinausweist, etwa die Übernahme der Schlüsselzweige der Wirtschaft durch die Beschäftigten und eine demokratisch geplante Wirtschaft. Sie müssen aber auch bereit sein, dieses Programm umzusetzen. Deswegen braucht es in diesen neuen Formationen revolutionäre Gruppen oder Flügel, die dafür kämpfen.

Sebastian Kugler

Es braucht nicht nur neue linke Projekte, sondern neue Parteien der ArbeiterInnenklasse.

Härte, sowie die entsprechende Repräsentation oppositioneller Strömungen.

Wahlfrage: Der Wunsch nach einer Wahlalternative ist groß. Die Wahlkämpfe waren und sind eine Arena, um Ideen zu präsentieren und AktivistInnen einzubinden. Besonders in Zeiten mit wenigen sozialen Kämpfen sucht die Wut oft nach einem Ventil auf der Wahlebene. Gefährlich wird es aber, wenn der Wunsch nach Mandaten zum Hauptfokus wird – und in weiterer Konsequenz einer solchen Ausrichtung dann aus dem Wunsch „mitzugestalten“ auch Koalitionen mit bürgerlichen Parteien unterschiedlicher Färbung eingegangen werden. So landet dann die Linkspartei in Deutschland bereits jetzt in Sozial-

nem anfänglich klar linken Kurs mit über 100.000 Mitgliedern und fast 9% bei Wahlen unterstützte sie ab 1996 die Regierung von Prodi, die für einen rigorosen Sparkurs stand – und verlor in Folge Mitglieder und WählerInnen. Wahlen und Mandate sind eine Bühne, nicht mehr und auch nicht weniger. Mandate ohne starke Organisation und Unterstützung im Rücken können bestenfalls Anträge stellen, aber kaum etwas durchsetzen.

Sozialistisches Programm: Der Kapitalismus ist in der Krise. Und er erzeugt Krisen, politische wie auch wirtschaftliche. Eine an sich banale Erkenntnis, die aber auch Konsequenzen im politischen Handeln haben sollte. Denn auch der Raum für Reformen wird enger.



Marx aktuell

Die kapitalistische Restauration in den stalinistischen Staaten und der Rechtsruck von Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben die ArbeiterInnenbewegung in eine tiefe Krise gestürzt. Marxistische Ideen wurden durch jahrzehntelange Entstellungen des Stalinismus und dessen Zusammenbruch diskreditiert. Gleichzeitig hat die Verbürgerlichung der reformistischen, sozialdemokratischen Parteien der ArbeiterInnenklasse ein Vakuum hinterlassen, das bisher nicht gefüllt wurde. Die sozialistischen Traditionen der ArbeiterInnenbewegung wurden, in Abwesenheit von kämpferischen Klassenorganisationen, verschüttet.

MarxistInnen stehen nun vor einer „doppelten Aufgabe“: Erstens der Aufbau von marxistischen Kaderorganisationen, „die alle notwendigen Lehren aus der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung gezogen ha-

Kaderpartei und/oder breite ArbeiterInnenpartei?

ben und in Fragen der Programmatik, Strategie und Taktik den Anforderungen des Klassenkampfes gerecht“ werden – ein lebendiges Gedächtnis der ArbeiterInnenbewegung. Zweitens die Mitarbeit beim Aufbau neuer, breiter ArbeiterInnenparteien.

Auf allen Kontinenten brechen immer wieder große Protestbewegungen aus. Ihre AktivistInnen versuchen, sich in neuen linken Formationen zu organisieren. So steigen die Chancen auf Erfolg: „Erstens weil sie einen wichtigen Beitrag zur politischen Verallgemeinerung von Kämpfen leisten kann und somit den Druck enorm erhöhen kann. Zweitens weil die bestehenden Regierungen weniger die Möglichkeit haben, Proteste auszusitzen. Dies können sie zur Zeit meist machen, da sie sowieso keine Folgen auf der parlamentarischen Ebene befürchten müssen (außer immer weiter sinkender Wahlbeteiligung)“.

Diese neuen Projekte sind (noch) keine wirklichen ArbeiterInnenparteien, doch sie können sich in diese Richtung entwickeln. Das ist kein Automatismus. Syriza beweist in Griechenland, dass neue Projekte genauso schnell, wie sie entstehen, für die Bewegung wieder verloren gehen können – das zeigt die Notwendigkeit einer unabhängigen, marxistischen Partei, die die besten AktivistInnen gewinnt. Ohne eine solche würden viele Erfahrungen verloren gehen. Ohne lebendige Strukturen und demokratische Kontrolle der Basis über die Führung, ohne klare Grundsätze (keine Zusammenarbeit mit Parteien, die Sozialabbau betreiben; Durchschnittslohn für FunktionärInnen) und ohne ein sozialistisches Programm ist die Gefahr, zu scheitern, besonders groß. SozialistInnen müssen diese Punkte in neue Projekte hineinbringen, ohne sie zur Bedingung für die zu Mitarbeit machen: „Die Existenz einer ArbeiterInnenpartei würde [...] den AktivistInnen ein Forum bieten, in dem sie ihre Erfahrungen diskutieren und auswerten können. Die Kombination aus Erfahrungen in Kämpfen, Erfahrungen mit der Begrenztheit keynesianischer Konzepte und Diskussionen wird mehr und mehr AktivistInnen von der Korrektheit marxistischer Ideen überzeugen.“

So kann eine „starke, in allen Teilen der Arbeiterklasse verankerte marxistische Organisation“ aufgebaut werden, die in einer revolutionären Situation „nötig ist, um eine erfolgreiche sozialistische Veränderung der Gesellschaft durchzuführen“. (Zitate kursiv aus „Reform oder Überwindung des Kapitalismus?“ von Sascha Stanicic, 2005)

Flo Klabacher



Das Committee for a Workers International und die neuen Formationen

Seit mehr als 20 Jahren Jahren kämpfen SLP und unsere internationale Organisation Committee for a Workers International (CWI) für den Aufbau neuer Parteien als politischer Interessensvertretung der ArbeiterInnenschaft in ihrem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung. In den 1990ern gab es konkrete Schritte und Lehren, wie in Italien und Schott-

land. Zentrales Merkmal des CWI beim Aufbau linker Formationen ist unser flexibler und offener Zugang. Wir beteiligen uns an neuen Formationen, warten aber nicht einfach ab, bis diese von alleine entstehen. In Irland z.B. gründeten AktivistInnen der Anti-Household Tax Campaign und der Socialist Party 2014 die Anti-Austerity Alliance und konnten bei der Parlamentswahl auf Anhieb drei Mandate erringen. Ziel war es, die Boykottbewegung gegen die Kopfsteuer sowie die Proteste gegen die Sozialabbau- und Privatisierungspolitik der Regierung auf breitere Beine zu stellen. Mit einem kämpferischen Kurs und ei-

nem sozialistischen Programm erhielt die AAA 14 StadträtInnen in mehreren Städten. 2016 kandidierten wir trotz bedeutender politischer und methodischer Unterschiede mit der SWP (Linkswende)-geführten People Before Profit Alliance als AAA-PBP. Dieses antikapitalistische Bündnis stellt sechs Parlaments- und 28 regionale Abgeordnete, wodurch die

ANTARSYA kandidierten und nun eine sozialistische Stadträtin stellen. Zentral ist nicht der Posten in einem Regionalparlament, sondern die Unterstützung sozialer Bewegungen und die Propagierung eines revolutionären sozialistischen Programms. So verteilten die GenossInnen im Wahlkampf 250.000 Flugblätter, verkauften 1.200 Zeitungen und organisier-

ten im ganzen Land über 20 Veranstaltungen. Wir zeigten die Fehler des resignativen Tsipras-Kurses auf und unterstützten im August 2015 die Gründung der SYRIZA-Abspaltung LAE trotz unserer Kritik an mangelnder Aktivität. Die Erfahrungen mit SYRIZA und LAE beweisen, dass der Neuformierungsprozess sozialistischer Parteien keineswegs reibungslos oder linear verläuft.

nen)Regierungen ab, deren Aufgabe letztlich in der Machterhaltung der KapitalistInnenklasse und in weiteren Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse besteht.

Dass eine konsequente politische Haltung überzeugt, zeigt sich u.a. in Deutschland: In Deutschland kritisierten die GenossInnen der SAV 2005 das Wahlbündnis von WASG & Linkspartei.PDS, was 2006 zur Wahl des SAV-Mitglieds Lucy Redler in den WASG-Bundesvorstand führte. 2007 argumentierten SAV-Mitglieder gegen die Fusion der WASG mit der früheren PDS, da diese sich weigerte, die Sozialabbau-Regierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zu verlassen. Lucy bekam in Folge eine enorme Medienaufmerksamkeit, wodurch es gelang, unsere sozialistischen Ideen einem breiteren Publikum näher zu bringen. Dennoch beteiligt sich die SAV heute an der Partei die Linke, da sie noch immer Anlaufpunkt für AktivistInnen und soziale Kämpfe ist. Bei den jüngsten Berliner Abgeordnetenhauswahlen am 2. Oktober erreichte das SAV-Mitglied Sarah Moayeri in Neukölln für die Partei Die Linke mit der Absage an eine Koalition mit den Kürzungspar- teien SPD und Grüne einen

Stimmenzuwachs von über 170%. Weiters ist die SAV sehr aktiv im Jugendverband der Linken.

Auch außerhalb Europas kommt es zu Neuformierungen, an denen das CWI bedeutenden Anteil hat, so 2004 der PSOL in Brasilien. In Nigeria setzten die AktivistInnen des CWI die Initiative zur Gründung der Socialist Party Nigeria. Wir stellen unser Büro und unsere Infrastruktur zur Verfügung, öffnen unsere Zeitung und treten in eine solidarische Diskussion mit anderen Strömungen, die in Opposition zum Parlamentarismus und dem "langen Marsch durch die Institutionen" der Gemäßigten stehen. In Brasilien führte ein zweijähriger Diskussionsprozess 2009 zur Fusion von SR und CLS zur LSR, der aktuellen Sektion des CWI, was revolutionäre Positionen innerhalb von PSOL entscheidend stärkte (und weitere Debatten sind im Gange). Die Arbeit in neuen Formationen hilft also auch, revolutionäre Kräfte aufzubauen. Die Erfahrungen, die unsere Schwesterorganisationen auf der ganzen Welt gemacht haben, bringen SLP-AktivistInnen ein, wenn es darum geht, eine linke Alternative in Österreich aufzubauen.

Pablo Hörtner

AktivistInnen des CWI kämpfen weltweit für den Aufbau neuer Formationen und einen revolutionären Kurs.

irische Linke einen wichtigen Schritt weiter in Richtung ArbeiterInnenpartei ist. Der wichtigste Erfolg der AAA bisher ist jedoch der Rückzug der Regierung von den Wassergebühren dank des massiven Widerstandes.

In Griechenland beteiligten sich unsere GenossInnen von Xekinima bei den Wahlen 2014 trotz gewichtiger Differenzen an unterschiedlichen Projekten. Die größten Erfolge gibt es in Volos, wo neben Mandaten auf SYRIZA-Listen v.a. ein Linksruck der lokalen SYRIZA-Gruppe gegen die rechten "Realos" erreicht werden konnte. Und in Zografou (Region Athen), wo wir in einem Bündnis mit

Die starke Orientierung mancher Gruppen auf Wahlen und parlamentarische Arbeit ist problematisch und das muss auch gesagt werden. Wir lehnen die Beteiligung an kapitalistischen (Regio-

Bildungsgeneralstreik in Spanien

Am 26.10. waren in Spanien mehr als 200.000 SchülerInnen und Studierende auf den Straßen, um für den Erhalt der öffentlichen Bildung zu demonstrieren. „Sindicato de Estudiantes“ (SchülerInnen- und Studierendengewerkschaft, SE) rief zum Generalstreik im Bildungswesen auf. Dieser wurde auch von Elternverbänden und einigen LehrerInnengewerkschaften unterstützt. Auch das CWI (Committee for a Workers' International, dem die SLP angeschlossen ist) unterstützte den Streik und organisierte solidarische Unterstützung in über 20 Ländern weltweit.

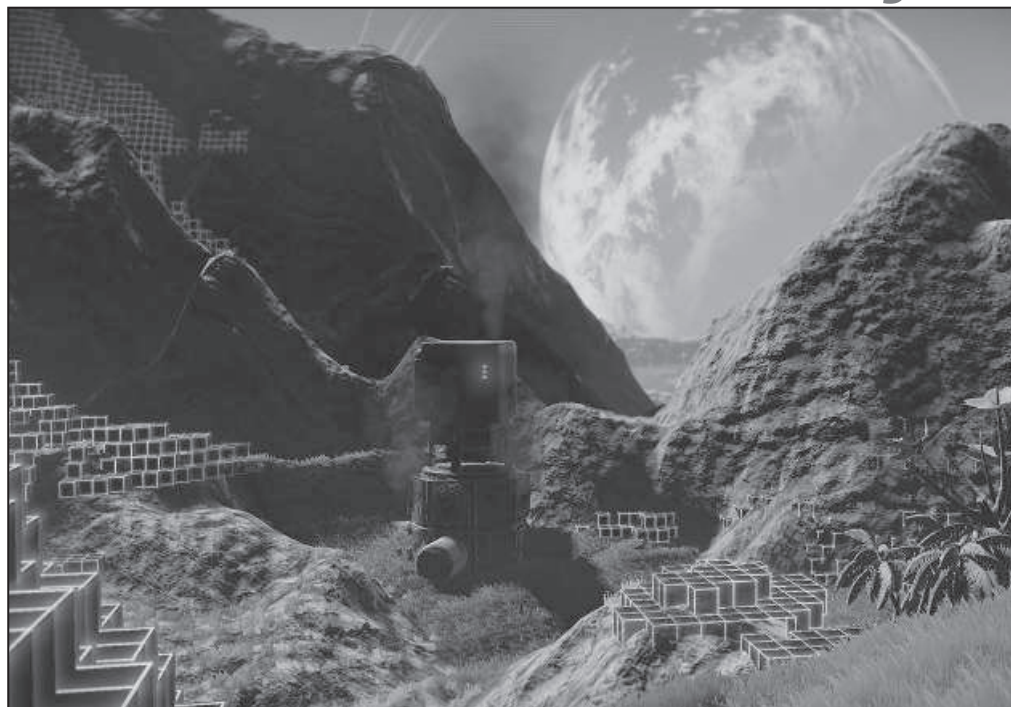
Der Streik richtet sich gegen die Kürzungspolitik der rechten Regierung und den neuesten, bisher krassesten Angriff auf die Bildung: die Wiedereinführung der „Zweitprüfungen“. Diese gab es zuletzt unter Franco und sind eine Serie von Examen, die jeweils am Ende der Primarstufe (bis zum sechsten Schuljahr), der Sekundarstufe (siebtes bis zehntes Schuljahr) und der Post-Sekundarstufe (elftes und zwölftes Schuljahr) stattfinden. Diese Zweitprüfungen wurden eingeführt, um Jugendliche aus der ArbeiterInnenklasse daran zu hindern, die Universitäten zu

erreichen und sollen nun erneut eingeführt werden. Wieso auch für Bildung bezahlen, wenn die jungen Menschen sowieso nur eine Zukunft voll prekärer Zustände und Ausbeutung erwartet? Für reichere Familien ist die Situation anders, da sie sich private Nachhilfe, Akademien, etc. leisten können

Der Streik war ein voller Erfolg und zeigte die Ablehnung der Jugendlichen gegenüber den reaktionären „Zweitprüfungen“ und gegenüber Bildungskürzungen insgesamt. Die SE fordert den Rücktritt des Bildungsministers, die Rücknahme des Spar- und antidemokratischen Bildungsgesetzes LOMCE und eine drastische Erhöhung des Bildungsbudgets.

In ihrem ersten Bericht stellt die SE klar, dass der Streik zwar ein riesiger Erfolg war, der Kampf aber noch nicht vorbei ist. Das Streik-Komitee für ganz Spanien traf sich bald nach dem Streik. Die Gewerkschaft kündigte weitere Streiks in den nächsten Wochen an, wenn die Attacken nicht bis zum 31.10. zurückgenommen werden. Außerdem betonte die SE, dass der Kampf auch gegen das System gehen muss, das diese soziale Ungerechtigkeit erzeugt: der Kapitalismus.

Moritz Bauer



No Man's Lie

No Man's Sky, ein PC- und Konsolentitel, wirbt mit einer unendlichen Spielwelt in Form einer Ga-

sich endlich ein innovatives Spiel statt des nächsten überbeuerten Aufgusses der immer gleichen

ziert werden. Vom Gewinn wird außer dem Management kaum jemand etwas sehen. Die ProgrammiererInnen müssen viele Überstunden (beschönigend auch „Crunchtime“ genannt) leisten und sind unterhalb der Chefebene massiv unterbezahlt – und sollen trotzdem noch dankbar sein, in einer so ‘tollen’ Branche arbeiten zu dürfen. Gewerkschaftliche Organisation gilt als Fremdwort, fast jede Stelle ist prekär besetzt, Outsourcing ist Standard und der Rauswurf kann schnell erfolgen. Spielspaß und gute Arbeitsbedingungen sind mit der Profitlogik des Kapitalismus nicht vereinbar.

Jens Knoll

Meistgehyptes Spiel des Jahres zeigt: Profitinteressen zerstören vielversprechende Ansätze.

laxie voller einzigartiger Planeten. Die Vorfreude war groß. Nach Veröffentlichung blieb es jedoch weit hinter den Erwartungen zurück: auf Dauer eintönige Planeten, fehlende, jedoch versprochene Features und vieles mehr. Darauf folgte ein massiver ‘Shitstorm’ der enttäuschten KonsumentInnen. Man erhoffte

Spielreihen der großen Studios.

Doch die Logik der Industrie, immer mangelhaftere Spiele immer teurer auf den Markt zu werfen, machte auch vor dem „Indie“-Studio „HelloGames“ nicht Halt. Warum auch? Das Spiel verkaufte sich sehr gut und die dafür entwickelte Technologie kann nun teuer lizen-



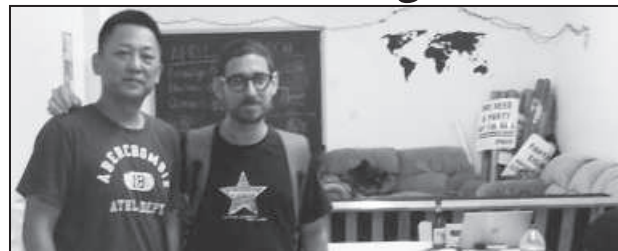
Auch Interrail-Tickets lösen die Krise der EU nicht!

Die EU-Kommission spielt mit dem Gedanken, unter Jugendlichen Interrail Tickets zu verlosen. Weder die Anzahl, noch Finanzierungswege sind derzeit bekannt. Das Ziel ist es, den Zusammenhalt der Union zu stärken und den vom Glück Auserwählten die Möglichkeit zu geben, die „Welt“ zu sehen. Cool oder? Wohl eher ein verzweifelter Versuch, sich Beliebtheit zu erkaufen und von tatsächlichen Misseren, mit denen die heuti-

ge Jugend zu kämpfen hat, abzulenken! JedeR fünfte Jugendliche in der Euro-Zone ist arbeitslos (20,7%). Fehlende Lehrstellen, Bildungskürzungen und Studiengebühren – das ist die harte Realität der kapitalistischen EU. Dieser wird man mit dem Zug nicht entkommen! Außer der Zug hat die Revolution als Lokomotive. („Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte.“ Marx, 1850)

Nikita Tarasov

Kämpfer des Monats Hu Xufang



Hu Xufang ist Aktivist des CWI in China. SozialistInnen wie er müssen dort im Untergrund arbeiten und riskieren ihre Zukunft und ihr Leben. Nachdem er 2015 verhaftet und gefoltert wurde, musste er nun fliehen. Er hat in den USA um Asyl angesucht, wo unsere Schwesterorganisation Socialist Alternative für sein Bleiberecht kämpft.



Polen: Frauenprotest schlägt Regierung

Vor nur einem Jahr kam die rechtspopulistische Law & Justice Partei (PiS) an die Macht. Es war die erste Mehrheitsregierung seit 1989. Allerdings lag der Sieg von Law & Justice nicht an einem Rechtsruck in der Gesellschaft. Der Grund war ihr Versprechen, mit dem Neoliberalismus der Vorgängerregierungen zu brechen. PiS versprach, das Pensions-

verbot gesammelt hatte, um sie dem Parlament vorzulegen. Der Premierminister und führende Mitglieder der PiS sprachen sich dafür aus. Das löste spontane Proteste aus. Aber diesmal waren es keine Proteste von Hunderten, wie in den zehn Jahren zuvor, sondern von Tausenden. Weil das Parlament aktuell zum großen Teil aus rechtsgerichteten Par-

treibungsrechts wurde am selben Tag abgelehnt, als der Entwurf für das Totalverbot für die Arbeitsgruppen zugelassen wurde. Das reaktivierte breite Schichten, die im selben Jahr schon an Protesten teilgenommen hatten. Innerhalb einer Woche nach der Ankündigung konnte eine Facebook Gruppe gegen das Abtreibungsverbot über 100.000 Mitglieder

Auch der sozialdemokratische Gewerkschaftsverband OPZZ unterstützte letztlich die Proteste. Er machte klar, dass er seine Mitglieder unterstützen wird, wenn sie wegen des „Streiks“ Probleme bekommen. Zum Teil gab es bis zu 60% Beteiligung am Streik. Das löste Panik in der Regierungspartei aus und innerhalb von zwei Tagen wurde der Entwurf eilig verworfen.

ziehen. Diese sollten sich auf stadtweiter Ebene vernetzen und demokratisch gewählte VertreterInnen an ein bundesweites Komitee schicken, um Aktionen zu koordinieren. Sie müssen voll rechenschaftspflichtig sein, und zwar auf allen Ebenen. Alternatywa Socjalistyczna fordert sichere und kostenlose Abtreibungen ohne Einschränkungen, kostenlose qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, vollen Zugang zu kostenloser Verhütung, Ersatz von Religionsunterricht an Schulen durch Aufklärungsunterricht sowie einen garantierten Betreuungsplatz für jedes Kind in öffentlichen Kinderkrippen und Kindergärten.

Polnische Regierung von Massenbewegung zu erniedrigendem Rückzug beim Abtreibungsrecht gezwungen – vorläufig.

antrittsalter zu senken und eine neue Kinderbeihilfe für Familien mit mehreren Kindern. An der Macht zeigte sie rasch ihr wahres Gesicht. Die PiS Regierung plante, Abtreibungen komplett zu verbieten – die Antwort war eine Explosion der Wut. Am 3. Oktober wurde ein bundesweiter Frauenstreik ausgerufen, inspiriert vom Beispiel der isländischen Frauen, die 1975 einen bundesweiten Streik abhielten. Schätzungen zufolge protestierten 140.000 Menschen in 143 Demonstrationen im ganzen Land.

Im Frühling wurde bekannt, dass eine „Bürger“initiative genug Unterschriften für ein komplettes Abtreibungs-

teien besteht, ist die Gefahr groß, dass das komplette Abtreibungsverbot durchgeht. Es gibt keine Parlamentspartei, die zumindest vage als links gesehen werden könnte. Allerdings spiegelt das Parlament nicht die Stimmung auf der Straße wider. Eine neue linke Partei, Razem, die von Podemos in Spanien inspiriert ist, schaffte 3,6% bei den Wahlen, obwohl sie sich nur Monate vor der Wahl formiert hatte.

Nach einer kurzen Pause der Bewegung im Sommer brach eine neue Protestwelle im September aus, als der Gesetzesvorschlag im Parlament präsentiert wurde. Ein Entwurf zur Liberalisierung des Ab-

gewinnen. Als Antwort auf das Parlamentsvotum wurde ein Frauenstreik für den 3. Oktober ausgerufen – der „Schwarze Montag“. Die Größe des Streiks und der Proteste überstiegen alle Erwartungen. Besonders junge Frauen beteiligten sich in großer Zahl an den Protesten. SchülerInnen organisierten Schulstreiks und beteiligten sich zum ersten Mal an einem politischen Kampf, oft trotz physischer Bedrohung und Einschüchterung. Es war kein offizieller Streik und viele Frauen nahmen extra Urlaub. Manche Gemeinden verhängten aber extra einen speziellen „Gemeindeurlaub“, um die Teilnahme zu ermöglichen.

Der Kampf ist nicht vorbei. PiS steht unter Druck seiner rechten UnterstützerInnen und bereitet einen „Kompromissvorschlag“ vor. Dieser Entwurf sieht vor, dass Abtreibung in Fällen von Vergewaltigung und wenn das Leben der Frau in Gefahr ist, legal ist. Wenn der Fötus missgebildet ist, soll sie verboten werden. Andere Vorschläge inkludieren ein Verbot von Formen hormoneller Verhütung. Daher kam es auch um den 24. Oktober wieder zu Protesten.

Bis jetzt wurden die Proteste über Facebook organisiert und koordiniert. Alternatywa Socjalistyczna (CWI in Polen) fordert demokratische Strukturen für die Bewegung. Es braucht Komitees auf lokaler Basis in Schulen, Universitäten, Betrieben und Nachbarschaften, um eine breite Schicht von Frauen (und Männern) einzube-

Die Bewegung darf nicht stehen bleiben, sondern muss eine Liberalisierung des Gesetzes fordern. Die öffentliche Meinung verschiebt sich – die Unterstützung für ein Ende der restriktiven Abtreibungsgesetze wächst. Besonders jetzt, da eine neue Welle von Attacken auf das Abtreibungsrecht auf dem Tisch ist, müssen wir in die Offensive gehen und die Kampagne weiterentwickeln hin zur Umsetzung voller Frauenrechte.

Pawel Nowak

Alternatywa Socjalistyczna
www.wladzarobotnicza.pl

GB: Corbyn und die Bürokraten

Bei den Kommunalwahlen Die britische Labour-Partei kommt nicht zur Ruhe. 2015 konnte Jeremy Corbyn, ein linker Kandidat, die Wahlen zum Parteivorsitzenden gewinnen. Ermöglicht wurde dies durch hunderttausende ArbeiterInnen und Jugendliche, die in die Partei strömten, um Corbyn zu unterstützen. Damit war die Parteibürokratie, die in den Jahrzehnten zuvor einen rechten Kurs durchgesetzt hatte, nicht einverstanden und organisierte die Neuwahl des Parteivorsitzes. Wieder traten Hunderttausende in die Partei ein. Wieder gewann Corbyn deutlich.

Der Charakter von Labour hat sich seit 2015 massiv verändert. Die Anzahl der Mitglieder verdreifachte sich, die meisten der Beigetretenen unterstützen Corbyn. Gleichzeitig sitzen in der Parlamentsfraktion und in Parteigremien immer noch dieselben BürokratInnen.

Mit der Spaltung der konservativen Regierung angesichts von Brexit-Verhandlungen und schlechten Wirtschaftsaussichten hat Corbyn gute Chancen, die nächste Wahl zu gewinnen. Dies liegt jedoch nicht im Interesse der rechten Labour-Parlamentsfraktion. Mit hohen Gehältern und neoliberaler Ideologie steht sie sowohl sozial als auch politisch den Konservativen

näher als ihrer Parteibasis. Sie werden weiterhin versuchen, Corbyn abzusetzen und seinen Wahlkampf torpedieren.

Eine neuerliche Auseinandersetzung mit der Parteibürokratie ist unumgänglich, doch die Führung der Corbyn-Bewegung drückt sich davor. Während ihr Einfluss durch bürokratische Manöver beschnitten wird, versucht sie die Parteirechte zur Versöhnung zu bewegen.

Wenn Corbyn siegen will, muss Labour radikal verändert werden: Zu einer föderalen Plattform, in der sich linke Parteien, Gewerkschaften, ArbeiterInnenorganisationen und soziale Bewegungen organisieren und diskutieren können, um soziale Verbesserungen und schließlich den Sturz des Kapitalismus zu erkämpfen. Die Socialist Party (CWI in England und Wales) unterstützt Corbyn und ist bereit, an so einem Bündnis teilzunehmen. Dabei macht sie klar, dass Corbyns Erfolg eine Folge der jahrzehntelangen Sparpolitik sind, die die ArbeiterInnenklasse nach Veränderung rufen lässt. Gerade auf Bezirksebene setzt die Labour-Bürokratie jedoch weiterhin Sparmaßnahmen durch. Sollten Corbyns Worten hier nicht Taten folgen, wird Labour nicht diese Veränderung sein.

Manuel Schwaiger



Der Terror wird den IS überleben

„Die letzte Schlacht des IS“ nennen einige bürgerliche Medien die Belagerung der größten durch den IS besetzten Stadt Mossul im Irak. Wer nach 15 Jah-

über 100.000. Fallen Mossul und später vielleicht auch die IS-Gebiete in Syrien, kann der IS auf eine neue Basis in Libyen oder Tunesien hoffen. Drohnenkrieg

perialismus: Sektiererische Konflikte zwischen Konfessionen und Volksgruppen, die Diktaturen vor Ort und nicht zuletzt die Armut sind auch Teil des Erbes und der Gegenwart des Imperialismus aus West und Ost. Natürlich ist das Terror-Regime des IS dazu keine Alternative, aber eben genau die gilt es zu schaffen. Es braucht militärischen Widerstand gegen IS, Assad & Co, aber diese Übel zu besiegen, wird die darunter liegenden Probleme noch nicht lösen. Es fehlen kämpferische Gewerkschaften und Linke vor Ort, die einen tatsächlichen Weg aus dem Elend zeigen können: Selbstorganisation gegen Kapitalismus, sektiererische Gewalt und religiösen Fundamentalismus!

Tilman M. Ruster

Afghanistan, Irak & Pakistan: der „Krieg gegen den Terror“ kostet bisher mindestens eine Million Menschenleben.

ren „Krieg gegen den Terror“ immer noch an einen rein militärischen Sieg glaubt, belügt sich selbst. 2001 schätzte die CIA-FBI Arbeitsgruppe AlQuaida, die damals größte islamistische Terrororganisation, auf 500-1.000 Kämpfer. Allein der IS kommt Schätzungen zu Folge heute auf

und Flächen-Bombardierungen bringen den Terroristen ständig neue Rekruten. Die wachsende Diskriminierung der europäischen MuslimInnen schafft dem IS Rückhalt in Europa.

Der IS oder seine Nachfolger sammeln den Widerstand gegen die Folgen des Im-

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

SozialistInnen gegen PEGIDA

Am Montag, den 17. Oktober, demonstrierten bis zu 6.000 Menschen gegen den zweiten Geburtstag der rechtsradikalen PEGIDA-Bewegung. Durch den Protest konnte verhindert werden, dass PEGIDA wie üblich am Montag demonstrierte. Die RassistInnen mussten auf den Sonntag ausweichen. Die SAV, deutsche Schwesterorganisation der SLP, organisierte die Proteste mit. Auf der Kundgebung redete SAV-Mitglied und

Krankenhaus-Gewerkschafterin Dorrit Holasky: „Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft gemeinsam für Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum, bessere Bildung und Sozialabbau kämpfen. Das schaffen wir nur gemeinsam, Hiergeborene und Geflüchtete.“ Dorrit forderte außerdem ein stärkeres Engagement gegen rechts, sowohl von Gewerkschaften als auch der Linkspartei.

www.sozialismus.info

Antigewerkschaftsgesetze

Überall sind gewerkschaftliche Rechte bedroht. Auch in Australien. Dort plant die Regierung ein neues Gesetz, welches dem Staat Zugang zu Gewerkschaftsfinanzen verschaffen soll. Außerdem sind „Kommissionen“ geplant, die streikende ArbeiterInnen zu Aussagen ohne Beisein von AnwaltInnen zwingen sollen. Bei Weigerung drohen Geld- und Haftstrafen. Die australische Schwesterorga-

nisaton der SLP erarbeitete in ihrer Zeitung „The Socialist“ ein Kampfprogramm dagegen: „Wir brauchen kämpferische Strategien, um zu gewinnen. Deshalb soll das ja auch verboten werden. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass das Parlament uns hilft. Die Gewerkschaftsbewegung muss einen eintägigen Generalstreik zur Verhinderung dieser Pläne organisieren.“

www.socialistpartyaustralia.or

Streik im Sudan

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich im Oktober ein ÄrztInnenstreik, der von der unabhängigen CCSD-Gewerkschaft organisiert wurde. Gefordert werden bessere Arbeitsbedingungen, verbesserter Arbeitsschutz und mehr medizinische Ausrüstung für die Krankenhäuser. Sie wollen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen streiken. Das CWI ruft zur Sendung von Soli-Botschaften an cwi@worldsoc.co.uk auf.

www.socialistworld.net



Kein Vertrauen in profitorientierte Gentechnik

66 Milliarden Dollar legte Bayer jüngst für einen anderen Konzern auf den Tisch, dessen Name für Dominanz im landwirtschaftlich-chemischen Sektor sowie Gentechnik steht: Monsanto. Eine einzige Zahl belegt seine Macht: er kontrolliert 70% aller genetisch modifizierten Saatgüter. Entscheidungen seiner Vorstandsetage haben dramatischen Einfluss auf

ler Erträge (unter anderem aufgrund gezielter Resistenzen gegen Schädlinge und Schadpflanzen) ist grundsätzlich zu begrüßen. Aber damit ist noch nicht geklärt, welche Wirkungen Gentechnik in einer zutiefst ungerechten und krisenbelaagten Gesellschaftsordnung hat und haben kann.

Das beginnt bei der Forschung, die keineswegs neutral oder objektiv ist, wenn Profitinteressen im

Unternehmen, wo immer es geht. Notfalls zögert ein Heer von AnwältInnen und LobbyistInnen die Zahlung von Schadenersatz und Strafen um Jahre bis Jahrzehnte hinaus. Schlagende Beispiele aus den letzten Jahrzehnten sind die katastrophalen Erfahrungen aus Kernenergie sowie der chemischen, Tabak- und Asbestindustrie. Bezüglich Gentechnik ist ähnliches zu erwarten.

Profitsystem unweigerlich erzeugt; mitunter ergänzt um oft unausgeglichene Kapitalismus-Kritik.

Es bräuchte einen Prozess transparenter gesellschaftlicher Diskussion, in der die Rolle der Wissenschaft wäre, vollkommen unabhängig von Profit- und Konzerninteressen Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Prognosen abzugeben und diese laienverständlich zu ver-

Kontrolle der Beschäftigten, zuständigen WissenschaftlerInnen, betroffenen KonsumentInnen sowie der interessierten Öffentlichkeit zu erfolgen. Es braucht die Aufhebung der geltenden Patentrechte und den Aufbau internationaler Technologie- und Forschungspools, zu denen alle Zugang haben. Nur so kann sichergestellt werden, dass eine ausgewogene Beurteilung der Möglichkeiten und Gefahren stattfinden kann. Diese Maßnahmen sind, konsequent durchgezogen, mit dem Kapitalismus unvereinbar.

Das Problem ist nicht Gentechnik, sondern die Ausbeutung dieser Technologie für Kapital-Interessen.

Ernährung und (Über-)Leben unzähliger Menschen.

Das Thema Gentechnik ist verständlicherweise emotional stark aufgeladen. Leider stößt man allzu oft auf Unsinn, Halbwahrheiten oder glatte Lügen – und das keineswegs nur von glühenden BefürworterInnen und PR-Abteilungen. Wir lehnen die Beurteilung der Gentechnik auf der Grundlage manchmal hysterischer Fortschrittsfeindlichkeit und religiöser Dogmen („Nur Gott darf das“) ab. Alles, was der Menschheit für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung nutzt, ohne schwerwiegende Nebenwirkungen zu haben, kann und soll erforscht, erprobt und umgesetzt werden! Eine Verbesserung der Ernährungslage infolge höherer und stabiler

Spiel sind. So werden Forschungsergebnisse, die den Konzernbossen nicht in den Kram passen, oftmals beiseite geschoben oder gleich gefälscht.

Wohin Geld und Energie gesteckt werden, zeigt dieses Beispiel: Monsanto „kämpft auch zunehmend mit Unkräutern, die sich seinem Pestizid widersetzen. ... Monsanto begann (...) eilig damit, seine High-techpflanzen gegen Pestizide anderer Hersteller zu immunisieren, um sie vor Überwucherung zu schützen.“ (Zeit.de) Im Kapitalismus zerstört der Konkurrenzkampf jegliche Ansätze fruchtbringender internationaler Kooperationen zum Nutzen aller.

Ein weiteres Thema ist die Verantwortung bei Unfällen und langfristigen Schäden. Dieser entziehen sich

Die wirtschaftlichen und politischen Eliten sind schnell dabei, Teilen der Bevölkerung das Recht abzusprechen, bei schwerwiegenden Fragen mitzuentcheiden. Teils wird dies damit begründet, dass diese Menschen schlicht unwissend seien. Mangelndes Wissen bezüglich Gentechnik und Medizin darf jedoch kein Vorwand für undemokratische Entscheidungen sein. Viele Menschen lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel jedoch ab, weil sie (zu Recht) kein Vertrauen in Konzerne wie Monsanto haben. Man will nicht das Versuchstier für Profite sein. Diese Skepsis hat nicht Fortschrittsfeindlichkeit oder „Dummheit“ zur Grundlage. Sie folgt aus den Missständen, die dieses

mitteln. Bedeutsame Entscheidungen müssen mit einem Maximum an demokratischen Strukturen getroffen werden, die weit über den bürgerlichen Parlamentarismus hinausgehen. Die Forschung bezüglich Möglichkeiten und Risiken der Gentechnik muss den Profitinteressen entrissen werden.

Die Lösung der Gentechnik-Frage steckt auch nicht im Entwurf „besserer“ Gesetze, die letztlich von Bayer-Monsanto & Co. ignoriert oder umgangen werden können. Jeder Konzern, dem Vergehen nachgewiesen wurden, und welcher der Gesellschaft Ressourcen und Wissen vorenthält, muss vergesellschaftet werden. Die Führung dieser Betriebe hat unter voller

Ein entsprechender gesellschaftlicher Diskussions- und Entscheidungsprozess benötigt gegenwärtig nicht vorhandene Instrumente der Demokratie. Der bürgerliche Parlamentarismus, der von Lobbyismus und Korruption durchsetzt ist, muss ersetzt werden. Ein räte-demokratisches System mit Prinzipien wie jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit, Rechenschaftspflicht und Durchschnittslöhnen für FunktionsträgerInnen böte die nötigen Voraussetzungen. Welchen Platz gentechnisch veränderte Lebensmittel in einer solchen nicht-kapitalistischen bzw. sozialistischen Zukunft einnehmen, wird dann von Fall zu Fall entschieden werden.

Franz Neuhold

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Das Buch besteht aus 13 Berichten, einer guten Datenbank und einem Experteninterview. Wer es liest, bekommt einen sehr lebensnahen Eindruck, wie arme Menschen leben. Wien wird weltweit als eine wohl-

Krankheit oder Kinderreichtum führen ins Abseits und den Ausschluss aus dem öffentlichen Leben. Auch Flüchtlinge kommen zu Wort und erzählen, wie sie versuchen, in Sicherheit zu überleben.

der 24-StundenpflegerInnen aus Osteuropa ist einerseits von Armut betroffen und andererseits als Pflegebeschäftigte längst ein wichtiger Teil der österreichischen ArbeiterInnenklasse. Gerade auch deswegen ist es schade, dass dem Buch Anregungen für einen Kampf zur Verbesserung der Zustände weitgehend fehlen. Sozialbewegungen in der Vergangenheit (etwa gegen Kürzungen in der Steiermark) haben gezeigt, dass es möglich ist, gemeinsam aktiv zu werden. Die Notwendigkeit dazu wird einem beim Lesen des Buches absolut bewusst – hier hätten Vorschläge zum was tun gut gepasst.

Sichtbar machen, was PolitikerInnen verstecken wollen: Neues Buch über „Die Armen von Wien“

habende und reiche Stadt dargestellt. Das Buch macht klar: es gibt auch arme Menschen, die in der Statistik keinen Platz finden. Die Reportagen behandeln gut und verständlich den Weg in die Armut. Das können unterschiedliche Gründe sein: Jobverlust, unbezahlbare Kreditraten, Delogierung, aber auch

Das Buch ist auch eine Würdigung vieler Menschen, die in diesem Bereich ehrenamtlich oder beruflich arbeiten. In einigen Reportagen lernt man nicht nur verschiedene österreichische Sozialinstitutionen kennen, man erfährt auch etwas über den Arbeitsalltag der Beschäftigten. V.a. die Gruppe

Die Armen von Wien
Uwe Mauch
ÖGB-Verlag
ISBN 978-3-99046-158-7

Warum politisch aktiv sein?

Was bringt es, politisch aktiv zu sein, wenn doch die Herrschenden so reich und mächtig sind. Aber all die Grauslichkeiten des Kapitalismus kann man nicht ignorieren. Arbeitslosigkeit, Kinder die im Mittelmeer ertrinken, Frauen die geschlagen werden, eine zerstörte Umwelt, Krieg... all das ist da, ob wir es wollen oder nicht. Es bleibt also nur abrufen oder aktiv werden. Allein kann

man nichts bewirken. Selbst wenn man sein gesamtes Geld spendet oder in Hilfsprojekte steckt ist das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Jede Verbesserung der letzten Jahrhunderte wurde erkämpft: das Wahlrecht, Mutterschutz, Kollektivverträge. Nichts wurde uns von netten Herrschenden gewährt, sondern erkämpft, weil die ArbeiterInnenbewegung mit ihren Organisatio-

nen (Gewerkschaften und Parteien) es erkämpft hat. Wir haben uns in der SLP und im CWI zusammenschlossen, weil wir gemeinsam für eine demokratische, sozialistische Wirtschaft, Gesellschaft und Welt kämpfen wollen. Du willst das auch?

Dann beginne jetzt damit,
ruf uns an
(0650-42463 10)
oder schreib uns (slp@slp.at
bzw. SLP, Papenheimg. 2/1
1200 Wien).

„Hoch die Internationale Solidarität“ hat auch was mit Geld zu tun

Unsere internationale Organisation KAI/CWI, arbeitet in rund 50 Ländern auf allen Kontinenten und unterstützt jene, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehren. Uns eint die Analyse der Situation, unsere Methode und unser Ziel: der Sturz des Kapitalismus und der Aufbau einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft. Bei interna-

tionalen Treffen tauschen wir Erfahrungen aus und diskutieren Perspektiven. Doch die Anreise ist teuer. Damit auch SozialistInnen aus ärmeren Ländern anreisen können, sind sie auf unsere Spenden angewiesen: einfach in bar in einer SLP-Ortsgruppe abgeben oder auf unser Konto einzahlen:

IBAN: AT256000000008812733
BIC: OPSKATWW

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im *'Habert Café'*
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im *'Restaurant Rondo'*
Marienplatz 1

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im *'Alte Welt'*, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im *'Shakespeare'*
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung *'Libreria Utopia'*
15.; Preysinggasse 26 - 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der *'Pizzeria Delfino'*
20.; Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im *SLP-Büro*
20.; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at



Andere über uns



Bei der Diskussionssendung Pro & Contra von PULS 4 konfrontierte SLP-Aktivistin und Sprecherin der Plattform Nicht Mit Mir, Sonja Grusch, die aufs Podium geladenen radikalen Abtreibungsgegnerinnen. Sie entlarvte die Lügen der selbsternannten „Lebensschützer“ und rief dazu auf, für das Recht auf Selbstbestimmung, Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und kostenlose Verhütungsmittel zu kämpfen.

Gibt es nicht aus Profitstreben; gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24.-
Sozial-Abo: € 14.-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000008812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)





Erfolgreiche bundesweite Aufbruch-Tage

Mehr auf Seite 5

Keine Stimme für Hofer!

Wer keinen rechtsextremen Präsidenten und keine unsoziale Politik will, muss sich organisieren.

Die einen wollen die rechte Gefahr stoppen, die anderen das unsoziale Establishment. Die einen erkennen die Gefährlichkeit eines rechtsextremen Bundespräsidenten, die anderen haben die Schnauze voll von Arbeitslosigkeit und Niedriglöhnen. Beide haben recht. Hofer steht für neoliberale, frauenfeindliche, rassistische FPÖ-Politik, die rechtsextremer Gewalt Rückenwind bietet und auf der Seite der Reichen steht. In Verbindung mit einem

möglichen Kanzler Strache ist Angst mehr als begründet. Van der Bellen (VdB) steht für weiter wie bisher, für wirtschaftsliberale Inhalte und verteidigt die EU der Banken und Konzerne.

Viele Hofer-WählerInnen leiden unter dem Sozialabbau der regierenden Parteien und suchen zu Recht eine Alternative. Für sie geht es nicht in erster Linie um Rassismus – aber sie akzeptieren ihn. Viele VdB-WählerInnen sind durch den dringenden Wunsch mo-

tiviert, Hofer zu verhindern. Wieder haben beide recht beim Erkennen des Problems. Doch eine Lösung wird auch die xte Bundespräsidentenwahl nicht bringen. Hofer hat keine Antwort für die ArbeiterInnenklasse, außer noch härtere Schläge. Hofer als Bundespräsident muss verhindert werden. Aber VdB als Bundespräsident wird die FPÖ nicht aufhalten, das kann nur eine starke ArbeiterInnenbewegung.

Helga Schröder



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umwelterstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umwelterstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.